



Frauen vor Gewalt schützen

Pressemitteilung von Yvonne Ploetz, 17. August 2012

"Endlich liegt der erste Frauenhausbericht vor und dokumentiert, unter welchen prekären Bedingungen viele Hilfs- und Schutzeinrichtungen arbeiten müssen - Bund und Länder müssen jetzt aktiv werden", kommentiert die frauenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Yvonne Ploetz, das langerwartete Gutachten. Jährlich suchen bis zu 17.000 Frauen in Frauenhäusern Schutz und finden in gut 750 Beratungsstellen bundesweit Hilfe. Doch mussten 2011 9.000 Frauen abgewiesen werden, da Kapazitäten und spezifische Angebote für Frauen mit älteren Kindern oder mit Behinderungen und Beeinträchtigungen fehlen. Ploetz weiter:

"Frauenhäuser sind unverzichtbare Einrichtungen für gewaltbetroffene Frauen und deren Kinder. Sie bieten ihnen in einer extremen Notsituation Schutz, Unterkunft, individuelle Hilfe und Beratung. Solange wir nicht für alle Frauen einen angemessenen Schutz vor Gewalt bieten können, ist der Bund in der Pflicht. Die Finanzierung und Ausstattung ist von Bundesland zu Bundesland und Kommune zu Kommune

unterschiedlich. So kommen in Bremen 3,63 Frauenhausplätze auf 10.000 Frauen, während es in Bayern gerade einmal 0,53 Schutzunterkünfte sind. Die Angebote sind laut Gutachten mehrheitlich unterfinanziert. Eine bundeseinheitliche Regelung zur einzelfallunabhängigen Finanzierung der Frauenhäuser muss her. Alle schutzsuchenden Frauen sollen Aufnahme und professionelle Hilfe finden können, gleich wo sie wohnen oder welcher sozialen oder ethnischen Herkunft sie sind. Das muss ihnen per Rechtsanspruch garantiert werden."